NACHRICHTEN
Österreich

Regierung startet Offensive: Defizitkrise erfordert massive Reformen!

Bundeskanzler Stocker kündigt Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung in Wien an, um Defizitkrise zu bewältigen.

Vienna, Österreich - Am 2. April 2025 fand ein wichtiges Treffen der Spitzenvertreter von Bund, Ländern und Gemeinden statt, um auf die anhaltende Defizitkrise zu reagieren. **Vienna.at** berichtet, dass Bundeskanzler Christian Stocker (ÖVP) einen Stufenplan zur Haushaltskonsolidierung vorgestellt hat. Das erste Ziel dieser Maßnahmen ist es, das Defizit auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu senken, was den Maastricht-Kriterien entspricht.

Langfristig strebt die Regierung einen „schlanken Staat“ an. Bei diesem ersten Treffen wurden wichtige Zielsetzungen und der Bedarf an weiteren Gesprächen hervorgehoben. Es wird eine „gesamtstaatliche Anstrengung“ betont, um das Defizit auf ein bis zwei Prozent zu reduzieren. Der Vizekanzler Andreas Babler (SPÖ) sprach von der Notwendigkeit, am Einsparungsziel festzuhalten, während Finanzminister Markus Marterbauer (SPÖ) die Herausforderungen dieser Aufgabe betonte und auf vergangene Krisenbewältigungen verwies.

Haushaltslage und Herausforderungen

Die Budgetkonsolidierung wird durch ein Defizit von 4,7 Prozent des BIP im Jahr 2024 erschwert. Zudem liegt die Gesamtschuldenquote Österreichs bei 81,8 Prozent des BIP, von denen 70,8 Prozent auf den Bund entfallen. Besonders auffällig

ist, dass Oberösterreich das einzige Bundesland mit einem positiven Budget-Saldo im Jahr 2024 ist, während Wien mit einem Defizit von 1,67 Milliarden Euro an erster Stelle steht, gefolgt von Steiermark (525,5 Millionen Euro) und Niederösterreich (486,5 Millionen Euro).

Ein weiterer Aspekt der Diskussion war der Beitrag der Gemeinden zur Konsolidierung, der bereits durch Investitionsverschiebungen und Kostenreduktionen sichtbar wird. Expertin Karoline Mitterer vom KDZ warnte jedoch vor den negativen Auswirkungen weiterer Einsparungen auf die Lebensqualität und das Leistungsangebot in den Gemeinden.

Wirtschaftliche Perspektiven und Staatsverschuldung

In einem breiteren Kontext zeigt eine Simulation aus der **bpb**, dass ein stetiges jährliches Defizit von drei Prozent in Verbindung mit einem nominalen BIP-Wachstum von fünf Prozent zu einer dauerhaften Schuldenstandquote von 60 Prozent führen kann. Diese Situation steht im Einklang mit den Maastricht-Kriterien, die eine Neuverschuldung von maximal drei Prozent pro Jahr vorschreiben.

Eine Senkung des Defizits kann helfen, die Schuldenstandquote zu reduzieren, vorausgesetzt, das BIP-Wachstum bleibt unverändert oder fällt nicht stärker als das Defizit. Ein hoher keynesianischer Multiplikator könnte jedoch bewirken, dass trotz eines niedrigeren Defizits die Schuldenstandquote steigt, sollte das BIP-Wachstum stark einbrechen. In solch einem Fall wird die geringere staatliche Nachfrage möglicherweise nicht ausreichend durch private Nachfrage ersetzt, was zu einer Verringerung der Innovationstätigkeit und des gesamtwirtschaftlichen Wachstums führen kann.

Die politische Diskussion und die eingeleiteten Maßnahmen zur Senkung des Defizits reflektieren die Herausforderungen, vor denen die Regierung steht. Es bleibt abzuwarten, wie erfolgreich

die Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung sein werden und welchen Einfluss dies auf die wirtschaftliche Stabilität des Landes haben wird.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	• **www.vienna.at** • **www.bpb.de** • **www.bpb.de**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at